Herr Dr. Michalides erläutert den Antrag, Er erklärt, dass der Antrag insofern abgeändert werden soll, dass der Begriff „Zwangsmaßnahmen“ durch das Wort „Zwangsgelder“ ersetzt werden soll. Er ist der Auffassung, dass dadurch den im Hauptausschuss geäußerten rechtlichen Bedenken Rechnung getragen wird, da die Erhebungsstelle somit zwar entsprechende Maßnahmen ergreifen kann, jedoch auf die Erhebung von Zwangsgeldern verzichten kann. Herr Dr. Michalides erklärt, dass der Antrag gestellt worden ist, um dem Bürger das Recht zu gewährleisten, die Auskunft über seine Daten im Rahmen des Zensus 2011 zu verweigern. Nach Auffassung der AL-Fraktion ist eine korrekte Erhebung nicht möglich, wenn der Bürger gezwungen ist, seine Daten preiszugeben. Bei Zwang ist davon auszugehen, dass von einem hohen Anteil an „stiller Verweigerung“, also der Angabe falscher Daten, auszugehen. Herr Dr. Michalides macht deutlich, dass der Rat der Stadt lediglich einen Appell an die Erhebungsstelle aussprechen soll und bittet die Anwesenden, diesem Appell zuzustimmen.

Der Bürgermeister erklärt auf Nachfrage, dass die Verwaltung der Auffassung ist, dass ein Gesetz in letzter Konsequenz umzusetzen ist. Ob ein entsprechender Appell ausgesprochen wird, ist letztlich eine politische Entscheidung.